Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Postscheckkonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 246 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 21. Oktober 1931** **56. Jahrgang**

Wenn das Pfund wankt . . .

Reichsbank und Pfundkrise.

Die Reichsbank hat seit der Bankenkrise einen sehr schweren Sturm auszuhalten. Ein anschauliches Bild über die wechselvollen Kämpfe und ihre Ergebnisse wird durch die achttägigen Reichsbankausweise vermittelt, die heute mehr denn je uns einen finanz- und wirtschaftspolitischen Anschauungsunterricht zu vermitteln vermögen. Es gibt wohl heute kaum noch einen wirtschaftspolitisch interessierten Menschen, der nicht mit größtem Interesse und auch mit starker Spannung auf das jeweilige Erscheinen dieses Ausweises wartete.

Was wir nun im letzten Reichsbankausweis sehen, ist dazu angetan, unsere Sorgen über die Stellung der Reichsbank, die wir bisher auch an dieser Stelle nicht verschwiegen haben, noch zu verstärken. Doch kann man gleich hinzufügen, daß der Höhepunkt des Abwehrkampfes, in dem die Reichsbank steht, doch wohl in absehbarer Zeit erreicht sein wird.

Seit der letzten Septemberwoche, seit dem Inkrafttreten des Stillhalteabkommens also, hat die Reichsbank bis heute nicht weniger als rund 400 Millionen an Gold und Devisen verloren. Davon treffen auf die durch das Stillhalteabkommen allein entfallenden Abzüge rund 300 Millionen. Die weiteren 100 Millionen erklären sich durch Auswirkungen der Pfundkrise. In viel höherem Maße, als man wohl auch in leitenden Reichsbankkreisen erwartet hatte, sind nämlich in Ausnutzung des mit dem Sinken des Pfundkurses verknüpften Differenzgewinns von deutscher Seite her Pfundschulden zur Rückzahlung gekommen. Zu diesem Zwecke wurden Devisen in Anspruch genommen. Diese vorzeitigen und freiwilligen Zurückzahlungen ausländischer, auf Pfund lautender Schulden haben angesichts der Kursdifferenz zwischen Pfund und Mark beträchtliche Markgewinne zur Folge gehabt. Freilich stellte sich infolge der Verringerung des Pfundwertes andererseits auch eine Erhöhung der Zufuhr ausländischer Waren ein. Man will sogar beobachtet haben, daß neuerdings in nicht unbeträchtlichen Mengen englische Kohle nach Deutschland verbracht wurde.

Bei der Gesamtlage muß man damit rechnen, daß der Tiefstand der Devisenabhebungen noch nicht erreicht ist. Die letzten Auswirkungen des Stillhalteabkommens, das zunächst eine Rate von 25 Prozent der Markguthaben zu Abhebungen für das Ausland freigab, dem nunmehr zum 15. Oktober eine weitere Rate von 15 Prozent gefolgt ist, sind bei der Beurteilung der gegenwärtigen Devisensituation der Reichsbank noch nicht berücksichtigt. Die Reichsbank rechnet damit, daß noch ungefähr 60 Millionen Mark für diese Zwecke in Anspruch genommen werden müssen.

Doch ist bei aller Anspannung der Kräfte der Reichsbank eine durchaus ruhige Beurteilung der Lage gerechtfertigt. Die stärksten Inanspruchnahmen sind erledigt insofern, als die einmaligen großen Aufwendungen der Reichsbank für die Erledigungen der Devisen-Termingeschäfte, sowie für die Befriedigung der Ansprüche aus der 25prozentigen Freigabequote nicht mehr weiter belastend in die Erscheinung treten werden.

Zum zweiten deuten doch wohl gewisse gewichtige Gründe darauf hin, daß das englische Pfund sich auf dem gegenwärtigen Niveau ziemlich zu beruhigen und einzurichten sucht. Wäre dem so und würde das Geschäftsleben, insbesondere der Warenhandel, keine Möglichkeiten zur Mitnahme an Kursdifferenzen des englischen Pfundes erblicken — insbesondere wenn man erkennen muß, daß ein weiteres Ansteigen des Pfundes nicht mehr zu erwarten ist —, so wäre sehr rasch auch der Reiz verflogen, Pfundschulden vorzeitig abzutragen.

Damit in Wechselwirkung würde sich aber auch ein Rückgang der Einfuhr ausländischer Waren ergeben und damit eine Verringerung der Inanspruchnahme des Devisenbestandes der Reichsbahn für Importzwecke. Und man darf des weiteren auch nicht vergessen, daß die starken Exportüberschüsse aus den letzten Monaten sich auch nach und nach geltend machen müssen. Eine sofortige Auswirkung gerade auch des September-Ueberschusses von 387 Millionen ist ja auch schon um deswillen nicht zu erwarten, weil die Geschäfte auf mehrmonatige Sicht getätigt werden. Und letzten Endes hat die Reichsbank immerhin noch eine Reihe von Waffen an der Hand, die ihr eine nachdrücklichere Devisenerfassung als bisher gestatten. Die Reichsbank muß nur von ihrer jüngsten Ankündigung, gegebenenfalls mit aller Rücksichtslosigkeit eine vollkommene Kreditsperre für die säumigen Devisenablieferer eintreten zu lassen, Gebrauch machen.

Nach der Bankenkrise ist die Reichsbank heute fast die einzige Kreditquelle für die gesamte Wirtschaft. Neben der Sorge der Befriedigung des Preditbedürfnisses der Wirtschaft im engeren Sinne hat sie eine neue schwere Belastung durch die Alimentierung der Sparkassen auf sich nehmen müssen, die durch die Bankenkrise einer besonders starken Bedrängung durch das sparende Publikum ausgesetzt worden sind. Damit sind mehr und mehr alle unsere finanziellen und wirtschaftlichen Interessen auf die Reichsbank konzentriert worden, und es ist deshalb erklärlich, daß die Frage der Liquidität der Reichsbank nicht nur diejenigen interessiert, die unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Leben verknüpft sind, sondern uns alle angeht, die wir, wo und an welcher Stelle im öffentlichen und beruflichen Leben winr auch stehen mögen, Glieder eines großen Organismus sind.

Frankreichs Weltgoldprogramm

Lavals Vorschläge an Hoover. — Konsultativpakt, Reparationsgewinne, unbedingte Goldwährung.

Paris, 20. Okt.

Laval schwimmt noch auf hoher See, aber er wird deshalb nicht von der französischen Presse verschont. Hinter ihm her jagen die guten Ratschläge der Franzosen, die deutliche die Furcht zeigen, daß Laval doch zu nachgiebig werden würde. Die Furcht ist nicht unberechtigt, denn der englische Pfundsturz hat in Frankreich gezeigt, daß nicht alles mit Gold allein gemacht werden kann. Wenn Amerika gleichfalls eine begrenzte Inflation herbeiführt, so sind die französischen Hamsterer zum Mindesten um den Unterschied zwischen Golddollar und Papierdollar geprellt. Man beschwört daher Hoover, ja so etwas nicht zu tun, wobei man aber nicht daran denkt, außer neuartigen Formulierungen, etwas von den französischen Forderungen nachzulassen. Man sagt „Konsultativpakt" und meint politische Sicherheitsgarantie Amerikas für die französischen Grenzen; man sagt „positive Reparationsbilanz" und meint Reparationsgewinne; man sagt „Schutz der Goldwährung" und meint den Schutz des französischen Sparkapitals. In einer Meldung der Agentur Havas werden Lavals Pläne im einzelnen folgendermaßen dargelegt:

Sicherheit und Abrüstung.

Hinsichtlich des Sicherheits- und Abrüstungsproblems ist Frankreich bereit, weitere Rüstungsherabsetzungen vorzunehmen, wenn im Austausch dafür „präzise Verpflichtungen für gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Angriffes" eingegangen werden. Nach dieser Richtung scheint sich ein Fortschritt in der Auffassung der amerikanischen Kreise anzubahnen, die jetzt geneigt sind, den Briand-Kelloggpakt durch einen Konsulativpakt zu verstärken. Doch muß man fragen, ob Washington darüber hinaus sich binden und grundsätzlich wenigstens auf rein finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen beschränkte Sanktionen gegen den Angreifer übernehmen möchte. Jedenfalls wird Ministerpräsident Laval sich bemühen, nicht den geringsten Bruchteil der nationalen Sicherheit zu opfern.

Die Reparationen.

Was die Schulden- und Reparationsfrage anlangt, so hat diese nach französischen Auffassung überhaupt nichts mit dem Sicherheitsproblem zu tun, kann also mit diesem auf keine Weise in Zusammenhang gebracht werden, wie gewisse amerikanische Nachrichten zu Unrecht glauben machen könnten. Präsident Hoover hat bereits angekündigt, daß er wegen der Lage Deutschlands und der Weltkrise eine Herabsetzung der Schulden plane. Der Vertreter Frankreichs würde jedem Vorschlage zustimmen, der Frankreich wenigstens teilweise eine „positive Reparationsbilanz" beläßt. Zwecks Erleichterung der Regelung könnte man namentlich auf Sachlieferungen zurückgreifen, die dazu beitragen würden, die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich durch Ausführung des von der Regierung bereits aufgenommenen Programms großer öffentlicher Arbeiten zu vermindern.

Goldwährung.

Bezüglich der Währungskrise hat Präsident Hoover bereits die Gewißheit erhalten, daß Ministerpräsident Laval helfend eingreifen will. Das zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank über die Aufrechterhaltung der Guthaben der Bank von Frankreich in Newyork soeben abgeschlossene Abkommen ist nach dieser Richtung hinreichend bezeichnend. Die beiden Regierungen werden sicher gemeinsame Maßnahmen zum Schutze der Goldwährung ins Auge fassen, die die unerläßliche Grundlage jedes gesunden Währungssystems bleibt. (?)

Diskonterhöhung in Frankreich?

In Pariser maßgebenden Bankkreisen ist man fest davon überzeugt, daß in aller Kürze, wahrscheinlich schon Donnerstag, mit einer neuen Erhöhung des Diskontsatzes des französischen Zentralnoteninstituts zu rechnen ist. — Das Anziehen der Diskontschraube soll den Gegenschachzug gegen die inflationistischen Tendenzen der Hooverschen Kreditpolitik bilden.

Lavals Mindestforderungen.

Newyork, 20. Okt.

„Newyork Times" lassen sich von Bord der „Isle de France" melden, Laval nehme den Standpunkt ein, daß ihm Präsident Hoover, der ihn eingeladen hatte, auch die ersten Vorschläge machen sollte. Die Gegenvorschläge, die Laval zu machen gedächte, beschränkten sich einstweilen nur auf gewisse Mindestforungen, so wünsche er insbesondere eine getrennte Behandlung von Kriegsschuldenfrage und Reparationsproblem, während die Abrüstungsfrage, seiner Auffassung nach, mit dem Sicherheitsproblem verbunden werden müßte.

Reichswehr keine Polizei!

Groener über seine Aufgaben als Reichsinnenminister.

Berlin, 20. Oktober.

Reichsminister Groener äußerte sich geg. über einer Pressevertreter über die wichtigsten Pläne, die er mit der Uebernahme der Leitung des Reichsinnenministeriums verbindet.

Wir müssen im kommenden Winter alle Kräfte anspannen, um den inneren Bestand des Reiches, die Autorität des Staates und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Existenz so zu festigen, daß das deutsche Volk und mit ihm die Reichsregierung in der Lage ist, in klarer Erkenntnis der Größe der Entscheidung Opfer für eine freie Zukunft zu bringen. Die Vereinigung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in meiner Hand ist heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung und

Verdeutlichung der Autorität des Staates

und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen. Als Reichswehrminister habe ich darauf gehalten, daß die Wehrmacht als sicherer Hort der staatlichen Ordnung unbeirrt von den Wandlungen der Tagespolitik ihren Weg geht und schon allein durch ihre Existenz zum Ausdruck der inneren Sicherheit des Staates und der Verfassung wird. An dieser Aufgabe der Wehrmacht ändert sich nichts.

Ich lehne es ab, von dieser Linie abzuweichen und etwa die Wehrmacht als Polizeitruppe des Reichsinnenministeriums verwenden zu wollen.

Ihre vornehmste Aufgabe bleibt, den Staat gegen Angriffe von außen zu schützen und — trotz der unzulänglichen Mittel, die uns die Verträge belassen haben — der lebendige Ausdruck des Wehrwillens des ganzen Volkes zu sein. Ebenso wie ich als Reichswehrminister gegen jeden Versuch einer Politisierung der Wehrmacht gekämpft habe, werde ich als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Ressort, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nichts verändert.

Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus gerichtet ist. Das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden.

Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfalle drakonische Ausnahmebestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.

In diesem Geiste werde ich die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen. Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern.

Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingesetzt werden muß, sie auch mit aller Härte durchgreift. Die Polizeibeamten in ihrem schweren, aufopferungsvollen Dienst gegen Widerstände und Terrorakte zu schützen, betrachte ich als eine Pflicht des Staates, zu deren Erfüllung die schärfsten Maßnahmen geschaffen werden müssen.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die uns neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Notwinter stellt, sehe ich in der Linderung der leiblichen und seelischen Not der jugendlichen Erwerbslosen.

Japans Räumungsbedingungen.

China soll Sicherheiten geben.

Tokio, 20. Oktober.

Es verlautet, daß die fünf wesentlichen Punkte, auf deren prinzipielle Anerkennung durch China Japan besteht, ehe die japanischen Truppen aus der Mandschurei zurückgezogen werden, vertraulich Briand, dem Leiter des Völkerbundssekretariats in Genf, Sir Eric Drummond, und dem amerikanischen Staatssekretär in Washington, Stimson, vorgelegt wurden. Einer Erklärung von maßgebender Stelle zufolge sind diese fünf Punkte:

1. Japan und China sollen ein gegenseitiges Versprechen des Nichtangriffes als Garantie der gegenseitigen territorialen Unverletzlichkeit abgeben; 2. alle Formen der antijapanischen Bewegung, einschließlich des Boykottes, sind für immer einzustellen. 3. Es soll

eine Zusicherung der Sicherheit des japanischen Lebens und Eigentums gegeben werden. 4. Für die mit japanischem Gelde gebaute Eisenbahn ist eine Zahlung zu leisten, und die bestehenden Abkommen für Eisenbahnbau in der Mandschurei sind anzuerkennen. 5. Die bestehenden Vertragsrechte einschließlich der Frage japanischer Landpachtungen in der Mandschurei sind anzuerkennen.

Japan besänftigt Amerika.

Die japanische Regierung hat ihren Widerstand gegenüber der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Genfer Verhandlungen über den mandschurischen Konflikt aufgegeben. Der japanische Botschafter in Washington hat auf Grund amtlicher Telegramme den Staatssekretär Stimson informiert, daß Japan bereits seine Truppen über den Yalu-Fluß zurückziehe und die Bombenflugzeuggeschwader zurückgezogen habe. Der Botschafter teilte ferner mit, daß die Eisenbahnverbindungen wiederhergestellt werden, und daß die Banken allmählich den Betrieb wieder aufnehmen.

Das Elend der Kommunen.

Gemeinsame Kundgebung aller Spitzenverbände. — Die bedrohliche Finanzlage.

Berlin, 21. Okt.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hielt am Dienstag im Städtehaus in der Alsen-Straße eine Besprechung über die kommunale Finanzlage ab. Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert ging aus von dem ungeheuren Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Zahlungskrise im Juli dieses Jahres, den man für das Rechnungsjahr 1931 bis 32 auf 800 Millionen Mark berechnet habe.

Reich, Länder und Gemeinden hätten ihre Haushalte im Juli auf die Deckung dieses gewaltigen Defizits einstellen müssen. Die Gemeinden ihrerseits haben, so fuhr der Redner fort, auf dem Weg der Selbsthilfe eine rücksichtslose Drosselung aller Aufgaben eingeleitet und allen Gebieten kommunaler Arbeit schwerste Opfer auferlegt. Damit ist die Grenze des Tragbaren erreicht worden. Es stellt sich aber jetzt heraus, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Hilfe keineswegs eingetreten ist. Denn die Reichsregierung hat eine Reihe eigener Maßnahmen beschlossen oder durch andere Organe durchführen lassen, die die Gemeinden aufs neue schwer belasten und die Reichshilfe illusorisch machen.

Diese neuen Belastungen werden auf folgenden Gebieten gesehen: In der durch die Reichsanstalt eingeführten Kürzung der Unterstützungsdauer für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch die den Gemeinden eine Neubelastung von rund 30 Millionen auferlegt wird, in der Möglichkeit für die Länder, die Landesbeihilfen zurückzunehmen, wodurch den Gemeinden eine Mehrausgabe von mindestens 70 Millionen Mark erwächst. Im weiteren Ansteigen der Wohlfahrtserwerbslosen, das voraussichtlich 40 Millionen Mark erfordert, im Rückgang der Gemeindeeinnahmen aus Ueberweisungs- und eigenen Steuern, der nach dem heutigen Stand der Dinge allein für die Ueberweisungssteuern 140 Millionen Mark betragen dürfte und in der Nichtbefolgung der vorgeschlagenen Leistungsabbaues in der sogenannten gehobenen Fürsorge, durch die die Gemeinden mit der erwarteten Ersparnis von etwa 25 Millionen Mark in diesem Winterhalbjahr nicht rechnen können.

Insgesamt werden die Gemeinden durch die jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung um die Wirtschaftsentwicklung mit rund 205 Millionen Mark mehr belastet.

Die Ausführungen Dr. Mulerts wurden durch die übrigen kommunalen Spitzenverbände ergänzt. Für den Deutschen Landkreistag sprach dessen Präsident Dr. von Stempel, der eingehend die Verhältnisse in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden darlegte.

Die steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen hätten zur Folge, daß die Landkreise die für sie noch verfügbaren Mittel auf die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen konzentrieren müßten. Obwohl dieser harten Notwendigkeit die übrigen Aufgaben der Landkreise fast ganz zum Opfer fallen mußten, sei die Finanzdecke immer noch zu kurz. Alle Instanzen müßten bei der einen dringlichen Aufgabe zusammenwirken: Die Wohlfahrtserwerbslosen am Leben zu erhalten.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gereke, M.d.R., unterstrich die Ausführungen über die besondere Notlage der kreisangehörigen Gemeinden und wies darauf hin, daß die Notlage der Landgemeinden noch wesentlich dadurch verschärft würde, daß die Steuerkraft ganz besonders auf dem Lande in den letzten Jahren in einem erschreckendem Maße zurückgegangen sei.

Preußischer Landtag.

Wann kommt der neue Haushalt?

Berlin, 21. Okt. Der preußische Landtag beendete am Dienstag die politische Debatte bis auf die für Donnerstag vorgesehenen Abstimmungen und lehnte den kommunistischen Antrag ab, einen Untersuchungsausschuß über die Fürsorgeanstalten einzusetzen. Mittwoch: Anträge zur Grubenkatastrophe auf Mont Cenis.

In einer vom Aeltestenrat angenommenen Entschließung wird das Staatsministerium ersucht, den Haushalt so rechtzeitig dem Landtag vorzulegen, daß er eingehend besprochen werden könne. Hinsichtlich der Frage, ob eine Regelung durch Notverordnung beabsichtigt sei, konnte eine Feststellung nicht gemacht werden.

Am Freitag dieser Woche wird sich der Landtag bis zum 23. November vertagen.

Kommt Höpker-Aschoff wieder?

Berlin, 20. Okt. Der bisherige preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, der vor kurzem zurückgetreten ist, hat den erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Braun in Ascona besucht. Dieser Akt dürfte in erster Linie auf die Absicht Höpker-Aschoffs zurückzuführen sein, etwaige Mißverständnisse aus der Welt zu räumen. In parlamentarischen Kreisen dagegen erhält sich das Gerücht, daß versucht wird, Höpker-Aschoff als Finanzminister wiederzugewinnen.

Krankenkassenskandal in Breslau.

Der gesamte Vorstand suspendiert. — Ein kostspieliger Neubau. — Millionenreserven verschleudert.

Breslau, 20. Oktober.

Der gesamte, aus 24 Personen bestehende Vorstand der Breslauer Ortskrankenkasse, dessen Vorsitzender ein sozialdemokratischer Stadtrat ist wurde vorläufig seines Amtes enthoben. In der Suspendierungsverfügung des Regierungspräsidenten wird der gesamte Vorstand als völlig ungeeignet für seine Aufgabe bezeichnet.

Es heißt u. a.: Der Vorstand habe in der Abteilung Reichsversorgung die Rechtlichkeit und Redlichkeit der Verwaltung nicht hinreichend überwacht. Bei dem Erweiterungsbau habe er sich nicht auf das notwendige und tragbare Maß beschränkt und dadurch eine Ueberschuldung verursacht. Außerdem habe es der Vorstand versäumt, eine dem eingetretenen Mitgliederschwund entsprechende Personalbeschränkung durchzuführen. Nach alledem biete der Vorstand keine Gewähr für eine künftige einwandfreie Geschäftsführung.

Ergänzend wird gemeldet, daß die Rücklagen bei der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse, die mehrere Millionen betrugen, durch starke Ausgabenüberschreitungen bei dem Neubau der Ortskrankenkasse, der statt 600 000 Mark 4,5 Millionen Mark gekostet hat, aufgezehrt worden seien.

Die Vorgänge in Braunschweig.

Bericht des Standortältesten an den Reichsinnenminister.

Berlin, 20. Okt.

Aus Kreisen des Reichsinnenministeriums wird mitgeteilt, daß entgegen anderslautenden Meldungen dem Reichsinnenministerium noch kein Bericht über die Vorgänge anläßlich der nationalsozialistischen Tagung eingegangen ist. Der braunschweigische Gesandte hat lediglich in einer telefonischen Mitteilung angekündigt, daß der Bericht in Kürze erfolgen wird.

Reichsinnenminister Groener hat, um sich auch aus anderen Quellen über die Vorgänge in Braunschweig unterrichten zu lassen, den Standortältesten von Braunschweig Oberst Geyer, nach Berlin gebeten, um seine Darstellung zu hören. Oberst Geyer hat dem Minister einen eingehenden Bericht erstattet.

Der Oberst war von Anfang an der Ueberzeugung, daß die Polizei unter allen Umständen Herr der Lage sei und gab wiederholt seiner Meinung Ausdruck, daß militärische Maßnahmen besonderer Art nicht zu treffen seien. Dies erschien ihm auch dann nicht notwendig, als bekannt wurde, daß die Gegner der Nationalsozialisten von auswärts Zuzug erhielten, um die Kundgebung zu stören. Sowohl der Fackelzug der Nationalsozialisten am 17. wie auch sämtliche Veranstaltungen am 18. verliefen außerordentlich diszipliniert, abgesehen von gelegentlichen Ueberfällen, die an einzelnen Stellen eine gesteigerte Spannung hervorriefen. Aber in allen Fällen ist es der Polizei gelungen, ohne Anwendung von Waffen die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Politische Tagesschau.

Die Beisetzung der Opfer des Grubenunglücks auf Mont Cenis findet am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr statt.

Die General Reserve Bank von Richmond in U. S. A. hal den Diskont auf 4 Prozent erhöht.

Der Kirchensenat, die leitende Instanz der Altpreußischen Landeskirche, hat beschlossen, die Besoldung der Kirchenbeamten und der Geistlichen an die preußische Sparnotverordnung vom 12. September anzupassen.

Die kanadische Regierung hat mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von Gold aus Kanada untersagt und für Verstöße gegen diese Verfügung schwere Strafen angedroht.

*

Schließung der pädagogischen Akademien.

Der Gedanke, die pädagogischen Akademien aus Ersparnisgründen zu schließen, scheint nun greifbarere Gestalt angenommen zu haben. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom preußischen Finanzministerium ausgehen soll, aber nicht nur den Widerstand des Kultusministeriums und der Kirchenbehörden, sondern auch den weitgehender interessierter Kreise gefunden hat, da hinter der Schließung der Akademie eine Verminderung der Volksschullehrer-Ausbildung erblickt wird. Die Absicht, sämtliche Akademien für mehrere Jahre völlig zu schließen, dürfte nicht verwirklicht werden.

Die amerikanische Unabhängigkeitsfeier.

Präsident Hoover ging von dem Schlachtschiff „Arkansas" an Land, um die 150. Jahrfeier der Kapitulation von Yorktown im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zu eröffnen. An der Festlichkeit nahmen als Vertreter Frankreichs, Marschall Petain, und als Vertreter Englands Lord Cornwallis teil. Nachkommen der damaligen Führer der amerikanischen Soldaten in Uniformen des 18. Jahrhunderts brachten verschiedene Szenen der damaligen Vorgänge zur Darstellung.

Kulturkampf in Litauen.

Die Partei der Katholiken, die christlichen Demokraten, stegen in Litauen in scharfer Opposition zur jetzigen Regierung. Nachdem das Regierungsblatt „Lietuvos Aidas" vor einigen Tagen bereits die christlichen Demokraten gewarnt hatte, ihren Kampf gegen die Regierung nicht auf die Spitze zu treiben, ist jetzt das Blatt der christlichen Demokraten „Rytas" auf drei Monate verboten und der Chefredakteur der Zeitung ist aus Kowno ausgewiesen. Desgleichen fanden bei dem Katholischen Aktionsausschuß, einer Studentenverbindung und mehreren Pfarrern Haussuchungen statt, die zahlreiches belastendes Material zutage gefördert haben sollen.

Die kluge Frau

Skizze von Georg Wagener.

Alle Leute nannten sie klug. Und das war es gerade, was Karl Hilmerding zu Thea hinzog. Er mochte eben jene Sorte Mädchen nicht leiden, die er Gänschen nannte, die schmachtende Augen machen konnten, romantische Gedanken im Kopf hatten und nicht mit der Zeit mitgegangen waren.

So gab sich Thea nicht. Sie hatte schon bald nach dem gegenseitigen Bekanntwerden offen und ehrlich erklärt, daß sie niemals daran denken würde, sich dem Manne, der ihr gefiele, zu unterwerfen, wie das früher einmal Mode gewesen sei. Kamerad, ja das wollte sie ihm sein, aber nur auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung.

Als sie das sagte, stand sie im weißen Segelanzug gegen den Mast ihres Bootes gelehnt, und der Wind spielte mit ihren kurzen blonden Haaren. Ihre Augen sahen entschlossen dem Ziel entgegen, das sie eben in kurzen Zügen umrissen hatte, und ihr kluges Profil mit dem energisch vorgeschobenen Kinn verriet soviel Tatkraft, daß Karl Hilmerding das Mädchen bewunderte. Ja, Thea mußte der Kamerad sein, den er sich wünschte.

Er sagte ihr das noch am selben Tage, und sie war so liebenswürdig, seinen Antrag anzunehmen, natürlich nur auf der schon erwähnten Grundlage vollkommener Gleichberechtigung. —

Wenn Karl Hilmerding ehrlich sein wollte, so mußte er sich schon bald gestehen, daß er sich die Ehe mit der klugen Thea doch ein wenig anders vorgestellt hatte. So war doch bei aller Kameradschaft und Gleichberechtigung vorher keine Rede von getrennten Schlafzimmern gewesen. Und daß er jedesmal anklopfen sollte, bevor er bei ihr eintrat, wollte ihm auch nicht recht gefallen. Er tat es aber doch. Denn er liebte über alles den Frieden.

Uebrigens bereitete ihm Thea auch manche genußreiche Stunde. Sie quälte ihn nicht mit Haushaltsfragen, sondern sie gab ihm reichlich Gelegenheit, die tiefgründigen Kenntnisse, die sie auf dem Gymnasium erworben hatte, zu bewundern. Sie war auf jedem Gebiet beschlagen — oft besser als er —, kannte Nietzsche ebenso gut wie Bernard Shaw und verstand es ausgezeichnet, ihre Mitmenschen psychologisch zu zerpflücken.

Diese Fähigkeiten bereiteten Hilmerding so lange Freude, bis er eines Tages selbst zum Gegenstand ihrer psychologischen Studien wurde. Das war, als er auf dem Heimwege vom Geschäft einen alten Freund getroffen und mit ihm zwei Stunden bei einem Glase Bier Erinnerungen aufgefrischt hatte.

Thea dachte nicht daran, ihm deswegen Vorhaltungen zu machen. Aber sie beleuchtete in ihrer klugen und gründlichen Weise sein Verhalten von allen Seiten, fand hier einen Zug, der sie — „Es tut mir leid, wenn ich es Dir sagen muß ..." — befremdete, und dort einen anderen, der sie noch bedenklicher stimmte.

Sie hatte mit ihren Befürchtungen vollkommen recht, wenn sich die Ereignisse auch nicht ganz so abspielten, wie sie es gedacht hatte. Denn Karl schob plötzlich den Stuhl mit bedenklicher Rücksichtslosigkeit zurück, warf sein Mundtuch auf den Tisch und sagte wenig höflich: „Bitte, setze Deine psychologischen Beobachtungen ohne mich fort!" Er ging in sein Zimmer und kümmerte sich zunächst nicht mehr um seine kluge Frau.

Der kleine Zwischenfall schien bald vergessen zu sein. Dafür gab es neue. So, als Karl Hilmerding eines Tages voller Geschäftsärger nach Hause kam. Unwillkürlich sehnte er sich danach, daß jetzt jemand ihm einen herzhaften Kuß geben, ihm die Sorgenfalten von der Stirn streichen und ihn alles wieder vergessen lassen würde.

Thea sah seine Mißstimmung. Als Kamerad fühlte sie sich verpflichtet, nach dem Grund des Aergers zu forschen: „Wie kam das nur? Und was hast Du dann gesagt? Aber das war doch nicht ganz richtig von Dir. Du hättest ..." Sie war empört, als Karl Hilmerding aus dem Zimmer ging und die Tür hinter sich zuknallte. —

Nach einem Jahr hatte der Mann die Ueberzeugung gewonnen, daß seine Ehe auf der bisherigen Grundlage nicht mehr zu retten war. Da suchte er in seiner Not einen väterlichen Freund auf und klagte ihm sein Leid: „Sie bringt mich zur Verzweiflung mit ihrer Klugheit. Allen Dingen geht sie mit ihrem psychologischen Seziermesser zu Leibe. Ihre Unterhaltung bewegt sich in Sphären, die der Mensch dann und wann einmal zu ersteigen wagt, in denen er aber auf die Dauer nicht leben kann. Anstatt sich einmal herzhaft in den Arm nehmen zu lassen, wenn sie sieht, daß ich von ihrer Klugheit nichts wissen will, sondern mich nur nach ihrer Hingabe sehne, hält sie mir gelehrte Vorträge über die methodische Pflege der Beziehungen der Geschlechter zu einander unter besonderer Würdigung des Verhältnisses zwischen modernen, aufgeklärten Ehegatten. Dann möchte ich am liebsten aus der Haut fahren!"

Der Freund meinte beruhigend: „Das halte ich für unpraktisch, lieber Karl. Im Gegenteil, das einzige wirksame Mittel würde sein, daß Du in aller Gemütlichkeit in Deiner Haut bleibst, doch Deine Frau einmal maßlos ärgerst. Sie muß vollkommen ihre Ruhe verlieren. Das Uebrige findet sich dann schon."

Karl Hilmerding war zwar nicht ganz überzeugt von den Worten seines Freundes, doch er wollte den Rat wenigstens erproben.

So kam er eines Abends mit dreistündiger Verspätung und gut gelaunt nach Hause und setzte sich ohne Entschuldigung an den Tisch. Theas Augen sahen mit hoheitsvoller Mißbilligung über ihn hinweg. Er ließ sich das Essen schmecken und meinte zwischen zwei Bissen: „Du solltest lieber auch zulangen. Du bist überhaupt in letzter Zeit ein wenig mager und häßlich geworden. Jawohl! Heinz Ruhbolt hat mich erst heute angehalten: ‚Was ist denn mit Deiner Frau los? Die sieht ja so gealtert aus!' "

Theas Finger umklammerten krampfhaft Messer und Gabel: „Und was hast Du gesagt?"

„Hm, legst Du wirklich Wert darauf, meine Antwort zu wissen?"

„Ja, ja!"

„Wenn ich aber nun gesagt hätte: ‚Du hast recht, lieber Heinz. Vor lauter Klugheit wird meine Frau noch zum richtigen häßlichen alten Drachen!' Was dann, liebe Thea?"

Die Antwort erhielt Karl Hilmerding dieses Mal nicht mündlich. Dafür flog ihm Theas Teller an den Kopf. Scherben krachten. Und die kluge Frau barg weinend den Kopf in den Armen, weil sie eben im Augenblick nichts Gescheiteres zu tun wußte.

Doch Karl Hilmerding, das Untier, lächelte nur. Denn er hatte mit dem Teller auch die ganze Klugheit seiner Frau zerspringen hören. Und nun bog er Theas Kopf zurück und gab ihr einen Kuß, nahm sie in die Arme und achtete nicht auf das, was sie sagen wollte.

Als sie später neben einander saßen, meinte Karl Hilmerding: „Jetzt will ich Dir doch sagen, was ich Heinz Ruhbolt in Wirklichkeit geantwortet habe: ‚Das wird schon wieder besser werden, mein Lieber, wenn ich einmal nicht mehr an die Tür meiner Frau zu klopfen brauche.'"

„Karl, warum hast Du das nicht gleich zu mir gesagt?"

„Weil doch erst einmal der Teller fliegen mußte, liebe dumme Thea!"

Aus der Heimat

Mittwoch, den 21. Oktober 1931

Winterhilfe durch Arbeitsbeschaffung.

Die Handwerkskammer zu Arnsberg schreibt uns:

In dem Leitartikel der Sonntagsausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 20. Sept. werden bemerkenswerte Ausführungen über die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung durch Auftragsvergebung im kleinen gemacht. Es handelt sich um Gedankengänge, die das Handwerk in seiner Werbeaktion im Herbst v. Js. und später anläßlich der Reichshandwerkswoche im Frühjahr d. Js. mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht hat. In dem Artikel, der sich betitelt: „Die Winterhilfe des einzelnen", heißt es u. a.:

„Wenn der Begriff „Arbeitsbeschaffung" heute diskutiert wird, so sieht alles wie hypnotisiert auf die großen Organisationen, den Staat, das Reich und die Länder, die Städte oder ähnliche Körperschaften. Daß der einzelne, die Millionen einzelner, die das Land bilden, ebenfalls eine in ihrer Summe unerhörte Menge von Arbeit zu vergeben haben, daß sie imstande wären, einen sehr großen Prozentsatz der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, übersieht man. Man verhindert sogar unbewußt die Klarheit über diese Tatsache und die Möglichkeit einer vernünftigen Ausnutzung dieser Tatsache, indem man in bester Absicht, aber kurzsichtig, auch für diesen Winter, auch für die einzelnen, für das private Dasein das Feldgeschrei der Sparsamkeit erhoben hat.

Dies ist durch und durch falsch. Wir einzelnen dürfen in diesem Winter nicht sparen — im Gegenteil: wir müssen um des ganzen willen soviel wie möglich ausgeben, soviel wie möglich dazu beitragen, daß das Geld zirkuliert. Wir leiden an zwei Dingen, erstens daran, daß wir zu wenig Geld haben. Dem ist im Augenblick nicht abzuhelfen — und zweitens daran, daß das wenige Geld, das wir haben, überall in seinem Umlauf ins Stocken geraten ist. Jeder von uns, nicht bloß der, der in seinem Gehalt gekürzt ist, verdient weniger; jeder von uns sieht mit mehr oder weniger Schrecken, daß seine Einnahme energisch zurückgegangen ist. Die natürliche Konsequenz ist: er beginnt das, was ihm geblieben ist, nun erst recht zusammenzuhalten, hinzulegen, zu sparen. Das ist begreiflich, aber es ist falsch. Wir können und dürfen uns in diesem Winter den Luxus des Sparens nicht erlauben. Sparen kann man in guten Zeiten, nicht in der Not. In der Not muß man ausgeben — so merkwürdig das klingen mag.

Von den sechzig Millionen Deutschen, die im Lande leben, sind bei aller Arbeitslosigkeit, allen Krisen und aller Not immer noch Millionen imstande, sobald sie sich die Falschheit des Sparens gerade in dieser Krisenzeit einmal klargemacht haben, Arbeit und Aufträge zu vergeben. Jeder, der noch dazu in der Lage ist, und jeder, dem es selbst ein bißchen schwer fällt, sollte sich darüber klar sein, daß die beste Winterhilfe in den kommenden Monaten die ist, daß jeder einzelne möglichst vielen anderen einzelnen neben ihm Aufträge, Arbeit und damit die Möglichkeit gibt, auf Grund dieser Aufträge und dieser Arbeit seinerseits wieder anderen Aufträge und Arbeit weiterzugeben. Nicht nur das Geld, auch die Arbeit, die ins Stocken geraten ist, muß wieder ins Rollen kommen, und dazu kann jeder an seiner Stelle viel mehr beitragen, als er annimmt. Wirtschaft ist immer noch nicht nur Großwirtschaft, sondern Volkswirtschaft, spielt sich zwischen den einzelnen ab.

Jeder kann den Handwerkern in seiner Umgebung Arbeit verschaffen durch Reparaturen, von den Tapeten bis zu den Büchern, die gebunden werden müssen, vom Anzuge, den er bauen, bis zu den Fensterbrettern, die er streichen läßt. Es wird sich vielfach nur um Kleinigkeiten handeln; auch Kleinvieh macht Mist. Es handelt sich darum, über die allgemeine Stockung der Arbeit wie des Geldumlaufs hinwegzukommen; da muß man alle Mittel anwenden. Organisation ist sehr schön und kann sicherlich manches erreichen. Sie wird in den Städten, wo die Not am größten werden wird, unentbehrlich sein. Sie braucht aber die lebendige Unterstützung vom Leben selbst — und Leben vollzieht sich nur zwischen einzelnen. Jeder einzelne muß sich darüber klar werden, daß er in diesem Winter die Verpflichtung hat, so gut er kann, Arbeitgeber zu werden. Wir müssen, so schwer es uns fallen mag, was wir ausgeben können, um die Maschinerie in Gang zu bringen. Wenn sie läuft, können wir wieder daran denken, unsere Groschen wieder in den Strumpf zu stecken. In diesem Winter ist es wichtiger, sie zum Tischler, zum Schneider, zum Schuhmacher, zu all den Stellen fließen zu lassen, wo sie Arbeit — und sei es im kleinen — erzeugen können, die ihrerseits wieder weiterwirkend an anderen Stellen neue Arbeit hervorruft."

•

—* **Gefahren des Geldhamsterns.** Die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen bei den Geldinstituten zeigt in den letzten Monaten ein gegenüber der bisherigen Entwicklung abweichendes Bild. Spareinlagen werden ganz oder teilweise abgehoben, recht häufig, ohne daß sie wirklich gebraucht werden. Einzahlungen dagegen unterbleiben. Das Geld ist zu Hause keineswegs sicherer als etwa auf der Sparkasse; im Gegenteil, wie die häufigen Verluste von zu Hause aufbewahrten Ersparnissen durch Feuer, Diebstahl, Betrug, beweisen, ist gerade in der jetzigen Zeit die Verlustgefahr sehr groß. Ferner ist zu bedenken, daß das Geld, das zu Hause liegt, keine Zinsen bringt, und die sind gerade jetzt hoch. Das Geldhamstern führt aber auch zu einer allgemeinen Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Verminderung des Volkseinkommens, wovon natürlich auch die Geldhamsterer getroffen werden. Je mehr Geld eingezahlt und je weniger Geld abgehoben wird, umso mehr Kredite können die Sparkassen und andere Geldinstitute an die Wirtschaft (Fabriken, Handwerker, Landwirte usw.) geben. Dadurch kann die Wirtschaft umso mehr Aufträge erteilen und Arbeitskräfte bezahlen, damit steigen wieder Löhne, Gehälter und die anderen Einkommen. Wird dagegen Geld gehamstert, also unnötig abgehoben und nicht eingezahlt, so tritt die entgegengesetzte Entwicklung ein; es müssen Kredite gekündigt und zurückgezahlt werden, damit geht die Beschäftigung der Wirtschaft weiter zurück, und die Arbeits- und Erwerbslosigkeit wächst. Diese Zusammenhänge zeigen, worauf es ankommt: Nicht hamstern, sondern im Gegenteil jedes entbehrliche Geld, auch wenn es nur kurze Zeit nicht benötigt werden kann, einzahlen.

Wetteraussichten für Donnerstag: Nach vorübergehendem Aufklären erneute Verschlechterung wahrscheinlich.

Laasphe:

Hauszinssteuer und Wohnungsbau in Laasphe.

Als die ungerechteste Steuer ist immer die Hauszinssteuer empfunden worden. Kein Wunder, wenn jetzt viele Kräfte bemüht sind, diese Steuer abzuschwächen oder aufzuheben. Irgend etwas wird ja auch seitens der Reichsregierung geschehen. Der Gesamtbetrag der Hauszinssteuer war zunächst für die Beschaffung neuer Wohnräume gedacht. Sehr bald aber wurde die Steuer als gute Einnahmequelle erkannt und ihrem eigentlichen Zweck immer mehr entzogen. Es läßt sich nicht genau feststellen, was die Steuer seit ihrem Bestehen vom Jahre 1924 einbrachte. Die Schätzungen gehen auseinander. Im letzten Jahre wurde das Aufkommen aus der Hauszinssteuer jedenfalls mit 1,6 Milliarden berechnet. Die Regierung operierte jedenfalls mit diesem Betrage, als sie bestimmte, daß die Hälfte den Ländern und Gemeinden zufließen sollte, und behauptete, daß damit 800 Millionen den Ländern und Gemeinden gegeben seien. Schon aber der auf den Gemeinden lastende Hausbau und die Steuerbefreiungen für leistungsschwache Mieter schmälerten besonders den Genuß der Gemeinden. Doch soll, wie Sachverständige behaupten, schon lange nicht der volle Betrag von 1,6 Milliarden eintreibbar gewesen sein. So zu begrüßen auch die Aufhebung der Hauszinssteuer wäre, Länder und Gemeinden würden exorbitante Beträge verlieren, die jetzt dem Wohnungsbau zuflossen und den Etat ausgleichen halfen, Beträge, mit denen sie heute rechnen müssen. Sie hätten nicht allein die Einnahmen zu streichen, sondern selbst für den Wohnungsbau zu sorgen und beträchtliche Summen für Mietszuschüsse aufzubringen, die an Mieter zu leisten wären, denen die Exmission drohte. Die Verlustspanne der Gemeinden allein wird mit rund einer Milliarde angenommen. Das sind zunächst allgemeine Zahlen. Für Laasphe wird es nun interessieren, wie sich die Hauszinssteuer hier auswirkt. Genaue Zahlen können am besten die Regierungsbezirke und Kreise geben. In den wenigsten Städten sind selbst Statistiken geführt worden, da die Steuerämter die Steuer vereinnahmten und den Gemeinden lediglich die Ueberweisung zuging. Man muß sich auch für unseren Ort demnach auf den Durchschnitt berufen. Danach wurde in den Jahren 1924 bis 1930 der gemeindliche Anteil aus dem für den Wohnungsbau bestimmten Teil des Hauszinssteueraufkommens pro Kopf der Bevölkerung insgesamt mit rund 38 Mark berechnet. Aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds wurden pro Kopf der Bevölkerung in den gleichen Jahren zusammen 42 Mark überwiesen. Auch das Gesamt-Hauszinssteueraufkommen der einzelnen Gemeinden ist sehr schwer festzustellen. Man muß hier den Zahlen des Statistischen Reichsamts folgen und den Durchschnitt nehmen, wenn man ungefähr ersehen will, was unsere Stadt in den Jahren 1924 bis 1930 aufgebracht hat. Zu Grunde zu legen sind die steuerpflichtigen Wohnungen überhaupt, sodann ist anzunehmen, daß jede Wohnung von vier Menschen bewohnt wird, und schließlich ist die Gesamtsumme des Steueraufkommens in Rechnung zu stellen. Hiernach hätte Laasphe in dem Zeitraum von sieben Jahren an Hauszinssteuer nicht weniger als **560 000 Mark** aufgebracht. Dieser Betrag kann nur gering von dem tatsächlichen abweichen, da die Durchschnittszahlen auf den berechneten Gebieten so ziemlich erprobt sind. Nun wäre von Interesse, wenn jede Gemeinde feststellen würde, das ist ihr aber ein Leichtes, wieviel sie von diesem Steueraufkommen aus den Mauern der Stadt, tatsächlich durch Reichsüberweisungen über die Länderregierung erhalten hat.

* **Ein originelles Gefährt** bewegte sich am Montag durch unsere Stadt. Es war ein kleiner Wagen, bespannt mit einem Esel. Die Insassen gaben sich als die Bremer Stadtmusikanten aus, die eine Reise um Europa machen wollen. Durch Kartenverkauf verdienen sie ihren Lebensunterhalt. Das nette Häuschen war mit einigen Bildern, die das Märchen erzählen, geschmückt. Im Mai 1930 hat die Reisegesellschaft ihre Fahrt begonnen. Das amüsante Häuschen wurde hier namentlich von der Jugend viel beachtet.

* **Eine musizierende Riesenkaffeekanne.** Ein Berliner Reklameauto mit einer riesigen Kathreiner Kaffeekanne, in deren Innerem ein Lautsprecher eingebaut war, durchfuhr gestern nachmittag die Straßen unserer Stadt. Zur Freude unserer Jugend wurden Kathreiner-Fähnchen verteilt, die schnell im Knopfloch oder an der Mütze ihren Platz fanden und bei der Verfolgung des seltsamen Reklamewagens lustig im Winde flatterten.

** **Baufe.** Gegenwärtig wird hier und in dem ganzen Wiesengrund nach Fischelbach zu tüchtig an der Instandsetzung der Wiesengräben gearbeitet, die zum Ablauf des Wassers dienen. Auch sonstige herbstliche Arbeit hat eingesetzt. Dann hat der Landmann wieder einmal ein halbes Jahr Ruhe von schwerer Arbeit. Hoffentlich bleibt der Segen einer guten Ernte im nächsten Jahre nicht aus.

** **Fischelbach.** Der Umbau unserer Schule geht dem Ende entgegen. Gegenwärtig ist man im Inneren mit den notwendigen Verputzarbeiten beschäftigt. Das Haus hat insofern ein neues Aussehen erhalten, da man die Lehrer-Dienstwohnung vollständig umgebaut hat. Insbesondere hat man, da die seitherige Wohnung zu klein erschien, einen neuen Stock aufgebaut und einen Eingang von hinten geschaffen. Der Schulsaal blieb unverändert. Handwerker aus der Gemeinde haben die Arbeiten in sehr geschickter Weise ausgeführt. In seiner jetzigen Gestalt wird das Haus wohl noch recht lange unserer Jugend in der Gemeinde genügen. Sonst ist in diesem Jahren auch die Bautätigkeit hier sehr minimal gewesen.

Aus Nah und Fern.

— **Lixfeld** (Kr. Biedenkopf). Ein Lixfelder unter den Opfern von Herne. Bei dem schweren Grubenunglück auf Schacht „Mont Cenis" bei Herne, das bis jetzt insgesamt zwölf Todesopfer forderte, ist auch ein ehemaliger Lixfelder Grubenbeamter ums Leben gekommen. Es handelt sich um den Revliersteiger Otto Schneider, der vor einigen Jahren von hier nach Herne übergesiedelt war. Der tragische Tod des ehemaligen Mitbürgers, der hier in guter Erinnerung steht, wird allgemein bedauert. Schneider hinterläßt Frau und drei Kinder.

— **Betzdorf.** Ein ehrlicher und ein unehrlicher Mensch. Schlechte Zeiten, schlechte Menschen und doch bei aller Not auch noch ehrliche Menschen. Vor etwa 14 Tagen ließ eine Frau, die sich durch Hausieren den Unterhalt für ihre Familie verdient, am Fahrkartenschalter ihre Tageseinnahme von 10 Mark liegen. Der nächste Reisende am Schalter war eine Dame, die von einem hinter ihr kommenden Herrn mit den Worten: „Entschuldigen Sie, Fräulein, haben Sie vielleicht die Geldkassette liegen lassen," angesprochen wurde. Kurzerhand nahm die Dame die Kassette an sich. Inzwischen bemerkte die Hausiererin in N. ihren Verlust und erstattete sofort Meldung. Eine Nachfrage in B. ergab dann Obenstehendes. Am Samstag, so will es der Zufall, findet nun die Hausiererin, die um ihr sauer verdientes Geld gekommen ist, in einem Abteil auf der Strecke Siegen—Betzdorf ein Portemonnaie mit einem Betrag in derselben Höhe. Ist auch die Versuchung stark, so weiß die Frau aber doch nichts anderes zu tun, als die Fundsache auf der nächsten Station abzuliefern. Die Tat dieser ehrlichen Frau ist hoch anzurechnen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, der anderen Frau den Gedanken zu geben, der armen Hausiererin ihre Geldkassette zurückzuerstatten.

— **Oberhausen.** Senkung der Brotpreise. Die Bäcker-Innung teilt u. a. mit: Trotzdem das Bäckergewerbe nicht auf Rosen gebettet ist, zögert es keinen Augenblick, nach seinen Kräften sich für die notleidende Bevölkerung einzusetzen. Es wurde beschlossen, die Brotpreise generell zu senken, und zwar in fühlbarer Weise. Die Senkung sieht folgendermaßen aus: 3½ Pfund Schwarzbrot 0,54 M. (bisher 0,60 M.), 3 Pfund Roggenbrot 0,54 M. (bisher 0,60 M.), 2¾ Pfund Roggenmischbrot 0,54 M. (bisher 0,60 M.). — Die Bäcker- und Konditor-Innung für den nördlichen Teil des Kreises Mörs hat eine Senkung der Brotpreise beschlossen. Es wurden folgende Richtpreise festgesetzt: Brötchen vier Stück 10 Pfg., Weißbrot 30 Pfg., Schwarzbrot (nicht geschnitten 40½ Pfg., Schwarzbrot (geschnitten) 20 Pfg., Graubrot 21¼ Pfg., Roggenbrot 19 Pfg. pro Pfd. Die Innung beschloß weiter, sich an der Winterhilfe für die Bedürftigen in weitestgehendem Maße zu beteiligen.

Strecker zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Das Schwurgericht Potsdam verurteilte den Schriftsteller Karl Strecker, der seine Villa angezündet hatte, um in den Besitz der Versicherungssumme zu kommen, wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet.

Autounfall. — Drei Tote. In der Nacht stießen auf der Landstraße Paris—Senlis ein Personenkraftwagen und ein mit Besuchern der Kolonialausstellung besetzter Autobus zusammen. Drei Insassen des Personenwagens wurden getötet, sechs Insassen des Autobus schwer verletzt.

Die Trauer um Edison. In West Orange sind schon Zehntausende durch die Bibliothek Edison defiliert, in der die Leiche des großen Erfinders aufgebahrt ist. Der Bürgermeister von Newyork, Walker, hat für Mittwoch abend um 7 Uhr, für die Stunde, in der Edison beigesetzt wird, „eine Minute Dunkel" angeordnet. Alle Glühlampen werden durch Stromsperre erlöschen, um so an Edisons hauptsächliche Erfindung zu erinnern.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist, wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, um 6.30 Uhr MEZ. über dem Flugplatz von Pernambuco eingetroffen und festlich empfangen worden.

Bodenseedampfer rammt Fischerboot.

Zwei Tote.

Konstanz, 20. Okt.

Auf der Höhe von Meersburg bei der Einfahrt in den Ueberlinger See rammte am Dienstag der Kursdampfer nach Ueberlingen in dichtem Nebel ein Fischerboot. Das Boot wurde in der Mitte durchgeschnitten und die beiden Insassen, der Friseur Heinrich Wenk und seine Tochter ertranken. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Die Medaille der Reichsregierung wird — Kathreiner verliehen!

Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen. Vieles Neue, Wunderbare hat die Wissenschaft und die Industrie uns gezeigt — sehr vieles...

Die höchste Auszeichnung aber, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kathreiner verliehen, unserm guten alten Kneipp-Malzkaffee. Wie hätte sich Kneipp darüber gefreut — der Erfinder des Kathreiner, der unvergeßliche Vorkämpfer der modernen Ernährungslehre...

Edison Holländer?

London, 20. Oktober.

In ihrem Nachruf auf Edison betonen die „Times", daß der große Erfinder holländischer Abstimmung war. Der erste Edison kam 1730 nach Amerika; er wurde 104 Jahre alt, sein Sohn, des Erfinders Großvater, 102 Jahre und Edisons Vater 91 Jahre. Seine robuste Gesundheit habe Edison immer seinen holländischen Voreltern zugeschrieben, während er seinen erfinderischen Kopf dem keltischen Blut seiner Mutter, einer schottischen Kanadierin, zu verdanken meinte.

Wo wird Matuschka abgeurteilt?

Die Frage der Auslieferung des Eisenbahnattentäters.

Wien, 20. Oktober.

Die Blätter erörtern die gesetzlichen Bestimmungen, denen zufolge Matuschka als der Verüber des Eisenbahnanschlages von Anzbach zunächst in Oesterreich zur Verantwortung gezogen würde. Danach werde gegen ihn das Verfahren wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit geführt werden, dessen sich derjenige schuldig macht, der durch eine aus Bosheit unternommene Handlung die körperliche Sicherheit oder das Leben von Menschen gefährdet (Paragraph 87 des Strafgesetzbuches). Die Frage der Auslieferung werde zwar bereits in der nächsten Zeit vom Landesgericht entschieden werden. Doch komme die Durchführung dieses Verfahrens erst nach Verbüßung der vom österreichischen Gericht über Matuschka verhängten Strafe in Betracht.

Ungarn werde bei der Auslieferung den Vorzug vor Deutschland erhalten, da Matuschka ungarischer Staatsbürger ist. Die österreichischen Behörden werden aber in einem solchen Fall nach internationaler Vereinbarung, wie es üblich ist, an die Auslieferung die Bedingung knüpfen, daß die Todesstrafe an Matuschka nicht vollzogen werden darf, da das österreichische Gesetz, unter dessen Hoheit Matuschka verhaftet wurde, diese nicht kennt.

Der ungarische Gesandte in Wien hat in der Angelegenheit der Auslieferung des Verbrechers bereits im österreichischen Justizministerium vorgesprochen.

Noch ein Verbrechen Matuschkas?

Budapest, 20. Oktober.

Die Polizei hat im Falle Matuschka neue Ermittlungen eingeleitet, um festzustellen, ob die Explosion in den Pulvermagazinen auf der Insel Csepel im Jahre 1926, deren Urheber damals nicht ermittelt werden konnte, nicht ebenfalls ein Werk Matuschkas ist. Es erscheint nämlich als verdächtig, daß Matuschka kurz nach dem Attentat seine Budapester Häuser und sein Lebensmittelgeschäft veräußert hat und eiligst nach Wien übergesiedelt ist.

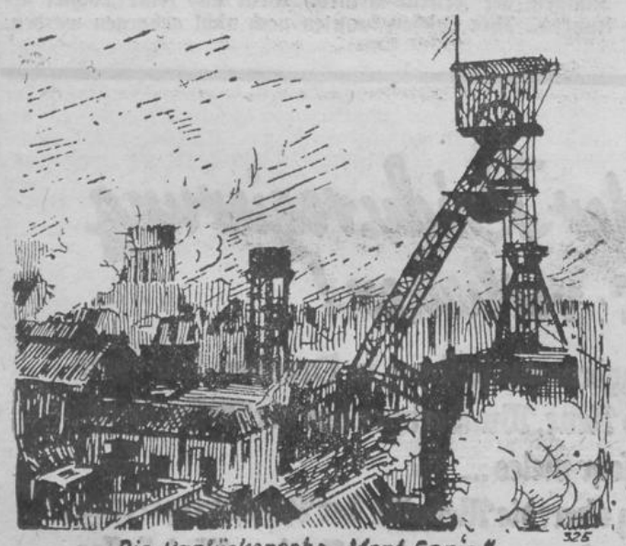
Beweiskette lückenlos geschlossen.

Berlin, 20. Oktober.

Die auf Grund der Geständnisse Matuschkas vorgenommenen Erhebungen haben — soweit sie abgeschlossen wurden — die Beweiskette lückenlos geschlossen. So hat Matuschka angegeben, bereits in der zweiten Hälfte des Monats April einen Anschlag auf der Jüterboger Strecke beabsichtigt zu haben. Er erklärte, damals mit einem Schweißapparat in der Nähe von Jüterbog Versuche angestellt zu haben.

Die Erhebungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß Matuschka in der Tat am 17. April dieses Jahres einen Schweißapparat bei der Firma Autogen. Gasakkumulator A.-G. zum Preise von 258,85 Mark kaufte und sofort in bar bezahlte. Der Apparat wurde ihm durch einen Boten zum Görlitzer Bahnhof gebracht; den Lieferschein unterschrieb er mit dem Namen Karl Hoffmann. Zehn Tage später erschien er wieder bei der Firma und bat um Rücknahme der Apparates, da, wie er angab, der Plan, einen Betrieb zu eröffnen, nicht zustande gekommen sei und der Schweißapparat keinen Wert mehr für ihn habe. Nun wies jedoch der Apparat Spuren der Benutzung auf, so daß Matuschka nicht mehr den vollen Kaufpreis, sondern nur 135 Mark zurück erhielt. Auch die Quittung darüber unterschrieb er wieder mit dem Namen Hoffmann. Beide Schriftstücke, der Lieferschein und die Quittung, weisen dieselbe Handschrift auf, wie die von Matuschka ausgefüllte Postanweisung an seine Frau. Es wurde ferner festgestellt, daß Matuschka in diesem Zeitraum, wo er im Besitze des Schweißapparates war, in einem Gasthof bei Jüterbog gewohnt hat, wo er sich jedoch weder ins Fremdenbuch eintrug, noch seinen Namen nannte.

Matuschka hat in seinem Geständnis angegeben, sich bei der Arbeit mit dem Schweißapparat eine Verletzung zugezogen zu haben. Tatsächlich weiß man in dem Gasthof sich zu erinnern, daß er eines Tages von seinen Wanderungen mit einer Fußverletzung zurückgekehrt ist.



Die Unglückszeche „Mont Cenis"

Auf der Grube „Mont Cenis" bei Herne-Sodingen ereignete sich am Montagvormittag eine schwere Schlagwetterexplosion, bei der 9 Bergleute getötet und 27 schwer verletzt wurden.

Der Calmette-Prozeß.

Ein Gutachten des Reichsgesundheitsamtes.

Lübeck, 20. Oktober.

Am Dienstag wurde im Tuberkulose-Prozeß Professor Dr. Deycke nochmals gehört. Zunächst kam ein Schreiben des Schwedischen Reichsgesundheitsamtes zur Sprache, in dem auf Wunsch des Gerichtes mitgeteilt wurde, daß die Abgabe der Impfstoffe in Schweden durch ständige Tierversuche kontrolliert wird. Der Vorsitzende fragte Dr. Deycke, weshalb solche Versuche nicht auch in Lübeck gemacht worden wären und ob nicht dadurch der Fehlschlag vielleicht sich hätte früher feststellen lassen. Dr. Deycke erwidert, er glaube nicht, daß man den Fehlschlag früher hätte erkennen können. Außerdem hätte man damals annehmen müssen, daß es sich um ein durchaus erleichtertes Verfahren handelte.

Eine längere Erörterung folgte dann über das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes, in dem gesagt wird, daß in dem zur Untersuchung eingesandten Material humane Bazillen gefunden worden sind. Auf eine dahingehende Frage erklärte Professor Dr. Deycke, daß es sich nach seiner Ansicht bei den in dem Material gefundenen sogenannten humanen Bazillen um zurückgeschlagene bovine Bazillen handele.

Das Geschäft der Ozeanflieger.

Johannsen erhält 2000 Mark zugesprochen.

Hamburg, 21. Oktober.

Vom Amtsgericht wurde der von dem Ozeanflieger Johannsen gegen seinen Flugkameraden Roth erwirkte Arrest in Höhe von 2000 Mark anerkannt. Johannsen hatte 5000 Mark verlangt. In der Begründung führte das Gericht an, der Antragsteller habe der Auffassung, daß der Ozeanflug lediglich dem Zweck, möglichst viel Geld zu verdienen, gedient habe, nicht widersprochen. Infolgedessen komme es nicht darauf an, ob das Ziel erreicht sei, sondern nur darauf, ob der Flug als Geschäft pekuniär ausgewertet sei. Diese Frage sei zu bejahen. Nach Aufrechnung von schätzungsweise 4400 Mark Betriebskosten gegen 8400 Mark Einnahmen, die von amerikanischen Zeitungen kommen, errechnete das Gericht einen Gewinn von 4000 Mark, der zu teilen sei.

Verbrechen des Schweigens.

Der Unschuldige, der mit reinem Gewissen fröhlich durch die Welt schreitet, fühlt sich gefeit gegen die Gefahren, die das Gesetz den Menschen bringen kann. Besonders um die Strafgesetze kümmert er sich kaum, denn er tut ja keiner Seele etwas und kann daher auch mit den Strafgesetzen nicht in Konflikt kommen.

Dieser etwas oberflächlichen Ansicht steht aber die eine furchtbare Tatsache gegenüber, daß schon viele unschuldig angeklagt und verurteilt wurden, ja daß unschuldig Verurteilte dem Henkerbeil zum Opfer fielen — also Justizmord!

Die Möglichkeit eines Justizmordes ist erstens dadurch bedingt, daß selbst der lückenloseste Indizienbeweis falsch sein kann, denn auch Richter können irren. Zweitens aber wird die Möglichkeit eines Justizmordes dadurch begünstigt, daß nach heutigem Recht ein Verbrechen ungesühnt bleibt, das zu den moralisch am verwerflichsten Verbrechen gehört: Das Verbrechen des Schweigens!

Warum besteht nun das Verbrechen des Schweigens? Es besteht darin, daß ein dem Gericht unbekannter Zeuge sich nicht meldet und Tatsachen verschweigt, die einen Angeklagten entlasten könnten. Die Polizei läßt durch die Presse und durch Anschläge besonders bei Kapitalverbrechen die Bitte um zweckdienliche Angaben ergehen, aber weiter reicht ihre Macht nicht. Wenn sich trotzdem ein wichtiger Zeuge nicht meldet — selbst wenn seine Aussagen einen zum Tode Verurteilten als schuldlos nachweisen müßten — so hat das Gesetz keine Handhabe, diesen Mann wegen seines Schweigens gerichtlich zu belangen.

Diese Lücke in unserem Strafrecht hat jetzt der Berliner Rechtsanwalt Hugo Waldeck in einem Roman: „Verbrechen des Schweigens, Roman eines zum Tode Verurteilten" (Della-Verlag, Kurt Ehrlich, Berlin-Schöneberg) mit besonders bemerkenswerter Schärfe aufgedeckt, denn dieser Roman ist nur der Form nach ein Roman, denn sein inhaltlicher Kern ist Wahrheit, die sich auf genaues Aktenstudium gründet. Diese so fast unglaublich romanhaft gestaltete Wahrheit liefert einen klaren, logischen Beweis für die Gefahren, die das Verbrechen des Schweigens mit sich bringt.

Professor Stahlberg wird in dem Roman angeklagt, die Baronin Hogerswarda erschossen zu haben. Die Baronin hatte in einem Gespräch mit dem Ueberfallkommando sich sterbend gestellt und Professor St. als ihren Mörder bezeichnet. In Wirklichkeit beabsichtigte die Baronin, Selbstmord zu begehen und aus Rache den Professor des Mordes zu bezichtigen. Die Baronin aber wurde kurze Zeit nach dem Alarmruf an die Polizei von einem Hochstapler erschossen. Stahlberg wird angeklagt und infolge eines jener „berühmten" lückenlosen Indizienbeweise zum Tode verurteilt.

Nur einer konnte die Unschuld Stahlbergs nachweisen, ein gewisser Schüssel, der nach dem Hilferuf der Baronin an das Ueberfallkommando mit der Baronin telefoniert hatte, wobei die Baronin recht gesund und derb diesem Schüssel ein Rendezvous abschlug. Schüssel jedoch schwieg und es wäre zweifellos zum vollendeten Justizmord gekommen, wenn nicht noch im letzten Augenblick ein gewandter Detektiv den wirklichen Mörder entlarvt hätte.

Was im übrigen die „Lückenlosigkeit" des Indizienbeweises anbelangte, so wurde bei der Nachprüfung der Akten festgestellt, daß die Kugel, mit der die Baronin getötet wurde, garnicht in den Stahlberg'schen Revolver paßte.

Nach diesem Werke Hugo Waldecks können wir zu dem Verbrechen des Schweigens nicht mehr schweigen, denn dieses Verbrechen bedroht die Unschuldigen und ist darum doppelt verwerflich:

„Der hat kein' ehrlichen Tropfen Blut,
Der dem Unschuldigen Schaden tut",

spricht schon Rollenhagen, und es wäre bereits ein Verbrechen des Schweigens, wenn man an der ebenso mutig wie künstlerisch schwungvoll eröffneten Diskussion über dieses Thema durch Hugo Waldeck nicht mit jeder Faser seines Herzens teilnehmen würde und dazu beitrüge, daß sich auch noch recht viele andere in gleichem Sinne dafür einsetzen, daß diese Lücke in unserem Strafrecht beseitigt wird.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat,
muß scheiden.

Gestern abend gegen 9 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet, infolge Schlaganfalls, meine liebe, gute Frau, unsere treusorgende Mutter und Schwiegermutter, meine liebe Großmutter

Frau Heinrich Weber
Luise geb. Jung
im fast vollendeten 63. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Heinrich Weber
Familie Karl Weber.

Erndtebrück, Siegen, Hesselbach, Banfe und Berleburg, den 20. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

Verband der Gewerbevereine
Geschäftsstelle Erndtebrück.

Sprechtag Laasphe diese Woche **morgen** (Donnerstag) **nachmittag im Bahnhofshotel.**

Zwangsversteigerung.

Am **Donnerstag den 22. Oktober, nachm 1 Uhr** werde ich in **Erndtebrück** an Ort und Stelle, Sammelp. Wirtschaft Strohmann
1 Kleiderschrank, 1 Waschtisch, 1 Schreibtisch, 1 Schreibmaschine, 26 Paar verschiedene Schuhe, 1 Kuh
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Berleburg, den 21. 10. 1931.

Kirsten, Ober-Gerichtsvollzieher.

Buntes Allerlei.

*** **Mindestgebühr bei Gerichtskosten.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 ist der Mindestbetrag einer Gebühr im Bereich des Gerichtskostengesetzes mit Wirkung vom 15. Oktober ds. Js. an auf 2 Mark erhöht worden. Die Gebühr für das Mahn- oder Güterverfahren beläuft sich demnach künftig bei einem Streitwert bis zu 100 Mark einschließlich auf 2 Mark. Dasselbe gilt von der Prozeßgebühr bei einem Streitwert bis zu 60 Mark einschließlich.

*** **Ein vernünftiges Verbot.** Ein schwerer Unfall gab dem Chef der Heeresleitung Veranlassung, allen Heeresangehörigen das Rauchen während der Fahrt auf Krafträdern — in und außer dem Dienst — grundsätzlich zu verbieten.

Ausländer an deutschen Hochschulen.

Das Statistische Reichsamt macht im Rahmen seiner Untersuchung über den Besuch der deutschen Hochschulen Angaben über die Ausländer, die während des Wintersemesters 1930-31 in Deutschland studiert haben. Mit 7330 Studierenden war die Zahl der Ausländer in dem genannten Semester um 5,6 Prozent größer als im Wintersemester 1929-30. Daraus geht hervor, daß sich die seit einigen Semestern beobachtete Steigerung in der Zahl der ausländischen Studenten in verstärktem Ausmaß fortgesetzt hat. Von den 7330 studierenden Ausländern, die auch 5,6 Prozent aller Studierenden der deutschen Hochschulen ausmachten, waren 1009 oder 13,8 Prozent weibliche Studierende und 3638 oder 49,6 Prozent Ausländer mit deutscher Muttersprache. Die Ausländer bevorzugten die Studienfächer Allgemeine Medizin und Zahnheilkunde, Rechts- und Staatswissenschaften und Chemie.

Lohnpfändung und Arbeitgeber.

Die allgemeine Notlage äußert sich auch in einem Anwachsen von Lohnpfändungen. Diese sind bekanntlich an die Grenzen des Lohnbeschlagnahmegesetzes gebunden. Soweit diese Grenzen nicht eingehalten werden, ist es Sache der betroffenen Arbeitnehmer, sich dagegen zu wehren. Andererseits steht dem Arbeitgeber keine eigene Prüfungsbefugnis zu, ob die Pfändungen jeweils in der betreffenden Höhe zulässig sind oder nicht. Vielmehr muß er in jedem Falle dem ihm zugestellten Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß in vollem Umfange nachkommen, widrigenfalls macht er sich dem Gläubiger seines Arbeitnehmers gegenüber schadenersatzpflichtig. Ein selbständiges Einspruchsrecht hat der Arbeitgeber auch gegenüber offenkundig die gesetzlichen Schranken überschreitenden Lohnpfändungen nicht; es ist vielmehr ausschließlich Sache des benachteiligten Arbeitnehmers, die entsprechende Herabsetzung beim Gericht zu betreiben. Auch wo der Arbeitgeber im Namen und Auftrag seines Arbeitnehmers die Geltendmachung dieses Rechts übernimmt, muß er sich zunächst dem formell ordnungsgemäß zustande gekommenen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß fügen. Eine Ausnahme gilt allgemein nur dann, wenn dem Arbeitgeber ein selbständiges Lohneinbehaltungsrecht (aus einem Schadenersatzanspruch oder dergleichen) zusteht. Mit diesem eigenen Recht geht er jedem fremden vor.

Wissen Sie das?

Während die Zigarre sich um 1800 bei uns einbürgerte und die Zigarette seit 1834 von Paris ihren Eingang bei uns fand, nachdem dort zum ersten Mal eine Schauspielerin auf der Bühne gewagt hatte, ein „Stäbchen" zu rauchen, taucht der Seidenstrumpf schon im 16. Jahrhundert auf, und zwar am Fuße Heinrichs II. von Frankreich, der damit ungeheure Bewunderung erregte; Triumphe feierte der Seidenstrumpf aber erst im Zeitalter des Rokoko, als der kurze Rock herrschte; dann ist er zurückgetreten, bis er in unseren Tagen zu neuem Leben erweckt wurde.